

Medienkonferenz

„Wirtschaftslage, konjunktureller Ausblick und wirtschaftspolitische Prioritäten 2010“

Montag, 23. November 2009

Es gilt das gesprochene Wort

Wachstumspolitik im Fokus

Gerold Bührer, Präsident economiessuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Erfreulicherweise stehen die Weltwirtschaft und das Finanzsystem nicht mehr am Abgrund. Das internationale Finanzsystem konnte vor allem dank dem entschlossenen Handeln von Zentralbanken und Regierungen stabilisiert werden. Die Weltwirtschaft hat die Talsohle bereits durchschritten. Die Wachstumsaussichten für 2010 sind mittlerweile nach oben revidiert worden. An den Kapitalmärkten hat schliesslich die Risikobereitschaft vor allem dank der massiven Liquiditätszufuhr wieder zugenommen.

Trotz diesen ermutigenden Zeichen können wir jedoch nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Der Zwang zum De-Leveraging im Bankensystem, die Unsicherheiten bezüglich der geld- und finanzpolitischen Exit-Strategie, die globalen Ungleichgewichte sowie die ansteigende Arbeitslosigkeit belasten die Wirtschaft. Insbesondere die massiv angewachsene Staatsverschuldung mit Zinsbelastungen von bis zu 20 Prozent der Steuereinnahmen engen den Handlungsspielraum der Haushaltspolitik massiv ein. Darüber hinaus besteht ein erhebliches Risiko, dass die Zentralbanken nicht rechtzeitig die Überliquidität im Interesse der langfristigen Stabilität abschöpfen können.

Wirtschaftspolitisch werden wir im Nachgang zur grössten Finanz- und Wirtschaftskrise in der Nachkriegszeit vor allem mit folgenden Trends konfrontiert bleiben:

- Hang zu um sich greifendem Staatsinterventionismus und mangelnde Bereitschaft für marktwirtschaftliche Reformen.
- Anhaltender Druck der Hochsteuerländer gegen den Steuerwettbewerb.
- Gefahr zunehmender Hürden im grenzüberschreitenden Finanzverkehr.
- Starker Regulierungsdruck, vorab im Finanzsektor.
- Wachsende Bedeutung internationaler Organisationen und Plattformen.
- Als Folge massiver Konjunkturprogramme erhöhter Abschottungsdruck (buy at home).
- Beeinträchtigung der multinationalen Handelsliberalisierung (WTO).

Aufgrund dieser Tendenzen und der sich für die Schweiz ergebenden Herausforderungen stehen für uns für den Rest der Legislatur die folgenden Anliegen im Vordergrund (zum Thema Bildung und Forschung wird Pascal Gentinetta sprechen):

Wachstumspolitik statt Konjunkturaktivismus

Um im härter gewordenen internationalen Wettbewerb bestehen zu können, müssen wir uns auf die langfristig wirkenden Wachstumstreiber auf marktwirtschaftlicher Basis konzentrieren. Klassische Konjunkturprogramme, deren gesamtwirtschaftlicher Nutzen in unserer offenen Volkswirtschaft ohnehin beschränkt ist, sind zu unterlassen. Vielmehr sind Investitionshemmnisse abzubauen, die Verfahren zu beschleunigen und die Marköffnungen entschlossen umzusetzen. Der Postmarkt darf nicht einfach mit der angezogenen Handbremse geöffnet werden. Auch im Gesundheitswesen sind die Wettbewerbselemente zu stärken und die Strukturen nicht mittels einer Einheitskasse zu zementieren.

Solide Finanzen und attraktive Steuern als Standortfaktor

Die Finanzpolitik befindet sich nach Erfolgen in den letzten Jahren am Scheideweg. Dies erfüllt mich mit einiger Sorge. Der Bundesrat hat sich in der Wirtschaftskrise bisher durch ein kluges und moderates Stabilisierungspaket ausgezeichnet. Für das Jahr 2010 erwarten wir ein Budget, das die Vorgaben der Schuldenbremse erfüllt. Bereits für das Jahr 2011 sind aber Milliardendefizite prognostiziert, die weit ausserhalb der zulässigen Bandbreite der Schuldenbremse liegen. Der Korrekturbedarf im Budget für 2011 kann bis zu 3 Mrd. Franken und in den kommenden Jahren bis zu 6 Mrd. Franken reichen. Hier rächt sich, dass der Bundesrat im Sinne einer langfristig vorausschauenden Planung die Kraft für eine echte Aufgabenüberprüfung nicht gefunden hat. Lassen Sie mich eines klar machen: es geht mir um den zentralen Standortfaktor der finanzpolitischen Solidität der Schweiz. Steigende Zinsbelastungen, eine Verdrängung zukunftsgerichteter Ausgaben, Wachstumseinbussen und eine ungebührliche Belastung kommender Generationen drohen, wenn wir die Kraft für ein griffiges Konsolidierungsprogramm jetzt nicht finden. Und dieses muss ausgabenseitig erfolgen. Alles andere schafft keine dauerhafte Linderung des strukturell überlasteten Bundeshaushalts.

Was bisher an Sparmassnahmen vorgelegt wurde, bleibt weit hinter den Erwartungen zurück, die der Bundesrat einst selbst kommuniziert hatte. Der vorgeschlagene Ausgabenverzicht von 500 Mio. Franken macht weniger als ein Prozent des Bundeshaushalts aus und ist bei Weitem nicht ausreichend. Es ist in diesem Zusammenhang alles andere als vertrauensbildend, wenn sich einzelne Bundesräte mit hohen Ausgabenbegehren medienwirksam vom Sparauftrag absetzen. Darüber hinaus sind angesichts der massiven strukturellen Defizite die Bestrebungen für eine Schuldenbremse bei den Sozialwerken voranzutreiben.

Auch in der Steuerpolitik des Bundes besteht Handlungsbedarf. Zwar belegen wir in den internationalen Rankings gute Positionen. Auch das Projekt Einheitssatz bei der MWST ist zukunftsweisend und wird von uns weiterhin unterstützt. Steuervorteile sind aber ganz allgemein dem ständigen Wettbewerb ausgesetzt. Wir brauchen Reformen zur Sicherung und Stärkung der steuerlichen Standortattraktivität. Die Senkung der Gewinnsteuer darf nicht zum Tabu erklärt werden. Die Wirtschaft braucht langfristig verlässliche und attraktive Rahmenbedingungen – auch und insbesondere im Steuerbereich. Im Rahmen der Unternehmenssteuerreform III ist alles daran zu setzen, dass die Schweiz ihre Spitzenstellung bei den mobilen Konzerngesellschaften behalten kann.

Als Folge der politischen Verunsicherung betreffend die Spezialregimes besteht hier Handlungsbedarf. Auch wegen den Nachteilen bei konzerninternen Transaktionen ist die Reform von hoher Dringlichkeit. Schliesslich geht es hier um Steuersubstrat und um Arbeitsplätze. Sollte, was wir zwar nicht hoffen, die Revision mehr Zeit benötigen, müssten die in der Kompetenz der Steuerverwaltung liegenden Anpassungen ohne Verzug vorgenommen werden.

Handlungsbedarf besteht mit Blick auf das revidierte Geschäftsmodell in der Vermögensverwaltung der Banken auch beim Umsatzstempel und der Besteuerung von Fonds. Im Weiteren unterstützen wir zum Schutz der Privatsphäre die Bestrebungen für eine Abgeltungssteuer.

Weniger als 3 Prozent der Firmen kommen für mehr als 90 Prozent der direkten Bundessteuer für juristische Personen auf. Dies zeigt, dass wir hier in der Pflicht stehen. Vergessen wir nicht: man soll die Henne nicht schlachten, die die goldenen Eier legt! In diesem Sinne werden wir auch entschlossen gegen die Beeinträchtigung des Steuerwettbewerbs durch die Initiative der SP antreten. Was den Steuerdialog mit der EU angeht, darf die Unternehmenssteuerreform unter keinen Umständen zu einer Verschlechterung der schweizerischen Standortattraktivität führen. Im Weiteren darf die Steuersouveränität nicht ausgehöhlt werden.

Offensive Aussenwirtschaftspolitik

An der Aussenfront wird die Schweiz herausgefordert bleiben. Die Aussenwirtschaftspolitik muss daher in den kommenden Jahren stark gewichtet werden. Der Wahrung der wirtschaftlichen Landesinteressen ist sowohl personell als auch bezüglich der departementiellen Aufgabenzuteilung Priorität einzuräumen. Angesichts des mit härteren Bandagen geführten Standortwettbewerbs wird der bilaterale Weg mit der EU zwar da und dort schwieriger. Er stellt aber aus wirtschaftlichen und staatspolitischen Gründen nach wie vor die beste Option dar. Mit Blick auf die verschiedentlich mit hohen Erwartungen lancierte Beitrittsdiskussion ist festzuhalten, dass die Interessenswahrung auch als EU-Mitglied keinesfalls problemlos wäre. Für die Aussenwirtschaft stehen Reach, Agrarfreihandel und Stromhandel auf der Agenda. Hinzu kommt die Frage eines allfälligen Dienstleistungsabkommens. Im Sinne einer regelmässig vorzunehmenden Lagebeurteilung sind die massgebenden Faktoren auch im Bereich der Dienstleistungen erneut zu analysieren. Oberste Entscheidungsmaxime muss die Frage des gesamtwirtschaftlichen Nutzens und der institutionellen Verträglichkeit sein.

Beim Agrarfreihandel geht es um den Abbau protektionistischer Massnahmen. Insbesondere die Lebensmittelindustrie mit ihren 35'000 Beschäftigten wird von einem solchen Abkommen profitieren. Darüber hinaus gibt es aber auch Vorteile für die Konsumenten und längerfristig selbst auch für qualitativ hochstehende Landwirtschaftsprodukte. Die Verhandlungen jetzt abzubrechen, ist allein schon mit Blick auf die weitere Öffnung des Agrarmarktes im Rahmen der WTO unverantwortlich.

Weltweit bietet natürlich die multilaterale Handelsliberalisierung im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO den besten Schutz vor Protektionismus und Diskriminierung. Nicht zuletzt wegen der gegenwärtigen Blockade der Doha-Runde hat der Abschluss weiterer Freihandelsabkommen mit Ländern ausserhalb Europas nach wie vor eine hohe Priorität. Bei den Freihandelsabkommen der Schweiz sind bis ins Jahr 2011 zentrale Verhandlungen am laufen: So stehen Indien, China, Russland und andere dynamische Volkswirtschaften im Vordergrund. Die bereits abgeschlossenen Freihandelsabkommen haben zu einer deutlichen Belebung der Exporte geführt. Die Schweizer Industrie spart jährlich Zölle in der Höhe von über 400 Mio. Franken ein.

Regulierung: Qualität statt Quantität

Vor dem Hintergrund der jüngsten Finanzmarktkrise kommt einer verbesserten internationalen Koordination, der Anpassung der Eigenmittel- und Liquiditätserfordernisse sowie einer überzeugenden Corporate Governance zweifellos ein hoher Stellenwert zu. Dabei steht für economiesuisse nicht die Quantität, sondern die Qualität im Vordergrund. Neben der Verminderung systemischer Risiken ist aber auch dem Aspekt der Standortattraktivität im härter gewordenen internationalen Wettbewerb Rechnung zu tragen.

Die Flexibilität ist eine grosse Stärke des Schweizer Gesellschaftsrechtes. Sie erlaubt den Unternehmen jeder Grösse, die für sie geeignete Organisation zu wählen. Das macht unser Land für KMU und für internationale Konzerne attraktiv. Diese Flexibilität muss bei der bevorstehenden Revision des Aktienrechtes für kotierte Unternehmen wie auch für die KMU gewahrt bleiben. Wir sind nach wie vor überzeugt, dass der „Initiative gegen die Abzockerei“ ein indirekter Gegenvorschlag gegenüber gestellt werden muss. Dieser soll möglichen Exzessen mittels einer Stärkung der Aktionärsrechte begegnen und gleichzeitig dem unternehmerischen Freiraum und der Standortattraktivität Rechnung tragen. Unter dem richtigen Bestreben, die Stabilität unseres Finanzsystems zu sichern, ist meines Erachtens wichtig, dass

- sich Massnahmen an klar identifizierten Risiken orientieren und verhältnismässig sind,
- die Auswirkungen der verschiedenen Eingriffe auf den Finanzplatz wie die Realwirtschaft gesamthaft analysiert, offengelegt und den erhofften Nutzen gegenüber gestellt werden und
- die Situation im internationalen Umfeld beurteilt wird.

Von daher begrüssen wir die in den Vergütungsrichtlinien der FINMA vorgenommene Differenzierung zwischen Grossunternehmen und den restlichen Unternehmen. Über die Regulierung im Aktienrecht oder die Richtlinien der FINMA hinaus muss die zentrale Verantwortung im Rahmen einer guten und verantwortungsvollen Corporate Governance aber beim Verwaltungsrat liegen.

Sicherung einer konkurrenzfähigen und umweltschonenden Stromversorgung – für eine international koordinierte Klimapolitik

Oberste Priorität in der Energiepolitik hat die Verhinderung der sich abzeichnenden Stromlücke. Im letzten Winterhalbjahr hat die Schweiz bereits 14 Prozent ihres Strombedarfs importieren müssen. Diese Importabhängigkeit wird sich nach dem Abklingen der Rezession weiter verschärfen. Die Wirtschaft benötigt eine zuverlässige, kostengünstige und umweltschonende Stromversorgung. Hierzu sind neben Spar- und Effizienzmassnahmen sowie der Förderung alternativer erneuerbarer Energien inländische Grosskraftwerke zum Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke der ersten Generation nötig. Der Bund ist gefordert, die Bewilligungsverfahren zielgerichtet zum Entscheid zu bringen.

Im Hinblick auf die klimapolitische Herausforderung sollten an der kommenden Konferenz von Kopenhagen klare Signale für die Weiterführung der im Kyoto-Protokoll vereinbarten Marktmechanismen gegeben werden. Aus Schweizer Sicht ist eine internationale Abstimmung dringend erforderlich. Mit Rücksicht auf die Wettbewerbsfähigkeit und die ökologische Wirksamkeit ist dabei ein Alleingang der Schweiz zu vermeiden. Die jüngste Erhebung der UNO zeigt, dass unser Land zusammen mit wenigen anderen Staaten die Verpflichtung des Kyoto-Protokolls einhalten wird. Dazu hat die Wirtschaft einen entscheidenden Beitrag geleistet.

Eine weitere Herausforderung betrifft den Strommarkt. economiesuisse hat vor rund einem Jahr einen Runden Tisch zum Thema Strompreise einberufen und einige Verbesserungen präsentiert, die Eingang in die Verordnung fanden. Trotzdem ist die aktuelle Regelung nicht befriedigend. Anders als in vielen europäischen Ländern ist der Strommarkt hierzulande unattraktiv, so dass Verbraucher den Verbleib bei ihrem bisherigen Lieferanten vorziehen. Der Bundesrat ist daher gefordert, gemeinsam mit der verbrauchenden Industrie und der Strombranche, neue Lösungen zu Gunsten eines attraktiven Wettbewerbs zu suchen.

Schliesslich möchte ich noch einen dritten und letzten Punkt aus der Energiepolitik aufnehmen. Die Stromrechnung verkommt immer mehr zur Steuerrechnung. Laufend werden den Stromkonsumenten neue finanzielle Lasten aufgebunden: angefangen bei den Wasserzinsen, über die Sanierung der Gewässer, bis hin zu immer mehr ins Gewicht fallenden Abgaben zugunsten der erneuerbaren Energien.

Die Fiskalisierung des Produktionsmittels Strom ist schädlich für die Wirtschaft. Sie ist auch ungerechtfertigt, da Schweizer Strom anders als in den EU-Staaten CO2-frei produziert wird. Die Fiskalisierung des Stroms ist auch zweifelhaft, da das Parlament nicht mehr via Haushaltsbudget regelmässig den Fluss an Subventionen kontrolliert. Erfahrungen aus Deutschland zeigen, dass dieser Automatismus zu enormen Lasten für die Stromkonsumenten führt, ohne dass daraus ein angemessener Nutzen erwächst. Die Nutzung von auch von uns unterstützten neuen erneuerbaren Energien lässt sich erwiesenermassen am besten mittels Forschung vorantreiben. Diese ermöglicht den Aufbau neuer Industrien, ohne dabei durch überhöhte Strompreise die Wettbewerbsfähigkeit anderer Industrien zu verschlechtern.

Vertrauen schaffen – Durchschlagskraft stärken

Angesichts der gestiegenen Herausforderungen bedarf es mehr als guter wirtschaftspolitischer Rezepte. Es muss seitens der Wirtschaft als auch der Politik darum gehen, Vertrauen in den marktwirtschaftlich liberalen Weg zurückzugewinnen. Der hohe Wert wirtschaftlicher Freiheit macht ein von Verantwortung und dem Sinn für die Verhältnismässigkeit getragenes Verhalten der Unternehmen unabdingbar. Hier steht die Wirtschaft in der Pflicht. Seitens des Bundesrates besteht bezüglich Kollegialität und Kommunikation dringender Handlungsbedarf. Es ist nicht akzeptabel, wenn sich nach Bundesratsentscheiden einzelne Mitglieder der Landesregierung in zentralen Dossiers lautstark abgrenzen. Solche Zerwürfnisse schaden nicht nur dem Vertrauen seitens der Bevölkerung, sondern schwächen darüber hinaus die Glaubwürdigkeit und die Durchschlagskraft im Ausland. Ein Zurück zur vermehrten Fokussierung auf die strategischen Landesinteressen und zu mehr Geschlossenheit in der Kommunikation ist daher unerlässlich.